

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4158) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg. zzgl. Postgeb.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schoenau.

Inserate werden die 5spaltige Zeile oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinskäufern 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebenes Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszeit 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Leipzig, 29. Oktober.

Die Sozialdemokratie hat den Klassenkampf des Proletariats organisiert, weil nur auf diesem Wege die Befreiung der alten Klassenherrschaft ernstlich in Angriff genommen werden kann, und weil die Befreiung der Arbeiterklasse deren eigenes Werk sein muß. Auch die radikalsten bürgerlichen Parteien können den Boden des Kapitalismus nicht verlassen und der Klassenkampf der Arbeiter ist ihnen ein Grauel, wünschön die bürgerliche Demokratie ihre Wiffen doch auch im Klassenkampf des Bürgertums gegen den Feudalismus erblickt hat. Als 1864 die internationale Arbeiter-Association gegründet wurde, sprach der berühmte Mazzini sich in den heftigsten Ausdrücken gegen den Klassenkampf der Arbeiter aus. Wie immer will die Bourgeoisie, auch wenn sie sonst demokratisch oder republikanisch ist, den Arbeitern das nicht zugestehen, was sie einst selbst für sich reklamiert hat.

Die bürgerliche Demokratie großen Stils ist in Deutschland verschwunden und zur Fiktion geworden. Ihre kleinen Epigonen erlauben sich zwar zuweilen den Luxus, sich „soziale Demokratie“ zu nennen, wie das auch im Jahre 1848 geschah, aber darum bleiben sie um so fester auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stehen. Ihre ganzen „sozialen“ Forderungen bestehen darin, daß sie den zehnjährigen Normalarbeitstag und nutzlose Polizeigesetze gegen Ringe und Kartelle verlangen, sobald sie die Gesamtheit schädigen. — Letzteres eine sehr unklare und noch dazu im volksparteilichen Programm sehr schlecht formulierte Forderung.

Einer der Führer und Agitatoren dieser bürgerlichen Demokratie, Herr Duidde, hat unlängst in einer Versammlung zu Berlin die alte Abneigung seiner Partei gegen den Klassenkampf des Proletariats betont und die Hoffnung ausgesprochen, die Sozialdemokratie werde sich vom Klassenkampfe lossagen und sich in eine reine (bürgerliche?) Reformpartei verwandeln. Die Herren Demokraten kennen also die Sozialdemokratie noch so wenig und überschätzen sich selbst so sehr, daß sie glauben, die Sozialdemokratie habe ihr mächtiges Heer von Kämpfern nur zu dem Zweck organisiert, um sie später den Demokraten zuzuführen, die fast nur „Offiziere“ ohne Mannschaften sind und allerdings einen solchen Zuwachs sehr wohl gebrauchen könnten. Schon vor Jahren war in einem süddeutschen demokratischen Blatt der Gedanke ausgesprochen, die Arbeiterbewegung habe die Bestimmung — wahrscheinlich von der göttlichen Vorsehung — der Leitung der Sozialdemokratie entrisen und von der

bürgerlichen Demokratie neu „erzogen“ zu werden. Vielleicht ist inzwischen diese Erwartung etwas herabgestimmt worden. Aber wir begreifen es, daß Herr Duidde den Klassenkampf verabscheut. Der Bremer Millionärssohn kann sich das Endziel der wahrhaften Demokratie, die soziale Gleichheit, nicht vorstellen, ohne dabei von dem Gedanken beunruhigt zu werden, daß es dann auch mit den aus seinem persönlichen Reichtum entspringenden Privilegien ein Ende nehmen muß. Darum ist ihm die bürgerliche Reform in Schlafrock und Pantoffeln entschieden sympathischer, als der Klassenkampf, der nicht stillstehen wird, bis das goldene Kalb entthront ist.

Aber, fragen wir, könnte sich dann eine Klasse, die ihr Heil von einer neuen Produktionsform erwartet, wirklich zufrieden geben mit den „sozialen Reformen“, die die bürgerliche Gesellschaft ihr bietet?

Nun ja, wir haben einigen Arbeiterschutzes, wir haben Gewerbegerichte, wir haben Unfall- und Krankenversicherung, wir haben Invaliditäts- und sogenannte Altersversorgung. Die bürgerliche Gesellschaft scheint sich damit erschöpft zu haben; es ist in der „Sozialreform“ ein Stillstand eingetreten und die unerfülllichen Großmöguls der Industrie jammern Tag für Tag, daß sie schon durch diese Gesetzgebung geschädigt seien. Allein selbst wenn der „Gesetzentwurf“ Sonnemanns gegen die Arbeitslosigkeit — ein Nachwerk, von den zarresten Rücksichten auf die kapitalistische Profitmacherei getragen — zum Gesetz erhoben würde, was dann? Von allen diesen „Reformen“ wird nur ein ganz kleiner Teil des menschlichen Elends berührt; dem Massenelend selbst in seinen grauenvollen Erscheinungen stehen die herrschenden Klassen ratlos oder gefühllos gegenüber.

Müssen denn die Duidde und Genossen auch erst den Finger in die Wunde legen, um an deren Dasein zu glauben und zu begreifen, daß die Leiden unseres Volkes so groß sind, als daß ihnen mit ein paar Versicherungsgeetzen und Schutzparagraffen abgeholfen werden kann?

In Berlin stand dieser Tage eine arme Arbeiterfrau vor Gericht, die angeklagt war, ihren Nachbarn die Brotbeutel vor den Thüren weggenommen zu haben. Unter Thränen erzählte sie, ihr Mann sei seit langer Zeit krank und sie selbst könne nicht genug verdienen, um ihre vier Kinder zu ernähren. Als die Kinder abends ohne Nahrung zu Bette gegangen waren und den anderen Morgen wieder ohne Nahrung zur Schule sollten, habe sie den Kammer der vor Hunger weinenden Kinder nicht mehr mit ansehen können und habe ihnen das Brot der Nachbarn gegeben.

Die Richter gaben der Frau die mildeste Strafe, allein

ihr Elend bleibt dasselbe trotz „Sozialreform“ und Wohlthätigkeitsbottellsuppen. Und die Forderung der Sozialdemokratie, den armen Schulkindern, die mit leerem Magen zur Schule kommen, ein Frühstück auf Gemeindelosten zu geben, wird von den „Bemunftphilosophen“ der herrschenden Klassen immer noch als „unvernünftig“ erklärt.

In Wien erwartete ein Arbeiter die Niederkunft seiner Frau. Während diese in den Wehen lag, kam der Gerichtsvollzieher und versiegelte sämtliche Habseligkeiten des „glücklichen Vaters“; darunter auch die Kommode, in der sich die Wäsche für das Kind befand. Ein neuer „moderner Slave“ erblickte das Licht dieser „besten der Welten“, die Hebamme rief nach Wäsche und der verzweifelte Vater riß die Stegel ab, um die Wäsche des Kindes zu erlangen und dessen Wölfe bedecken zu können. Das Gericht gab ihm gleichfalls die mildeste Strafe für diese Frevelthat, aber wird man dem Mann seine Habseligkeiten lassen?

Diese zwei Bilder menschlichen Elends an zwei Mittelpunkten der Zivilisation“ sind noch lange nicht die schlimmsten Erscheinungen ihrer Art. Die bürgerliche Weisheit zuckt gegenüber diesen Dingen die Achseln und meint: „Das ist nun einmal nicht zu ändern.“ Gewiß nicht, wenn man bei den kümmerlichen Reformen stehen bleiben will, welche die bürgerliche Gesellschaft gewährt.

Sowohl, wir nehmen die Reformen an, die wir der bürgerlichen Gesellschaft abtrotzen können, und wir haben ihr gewiß deren schon mehr abgetrotzt, als die Duidde und Genossen. Wir werden auch noch mehr Konzessionen erreichen. Aber wir begnügen uns damit nicht. Der Ur- und Hauptquell menschlichen Elends ist die kapitalistische und — soweit sie noch existiert — feudale Klassenherrschaft. Mit der letzteren hat die bürgerliche Revolution keineswegs so gründlich ausgeräumt, wie manchmal geglaubt wird.

Wir wissen wohl, daß man die Ursachen des Massenelends nicht mit einemmal und nicht mit Gewalt aus der Welt schaffen kann. Aber wir sehen die Befreiung des ganzen gesellschaftlichen Organismus, wir sehen die Zeit herannahen, da der kapitalistische Apparat versagt und Neugestaltungen unvermeidlich werden. Daß bei diesen Neugestaltungen die Arbeiterklasse sich Brot und Freiheit sichere und das Joch der Klassenherrschaft befeitige — darum führen wir den Klassenkampf, der die Arbeiter auf jene Zeit vorbereitet, da der Kapitalismus sich ausgelebt hat, und der ihnen politische Macht verschafft.

Vielleicht sieht nunmehr Herr Duidde die Klust, durch welche die Klassenbewußten Arbeiter von der bürgerlichen Demokratie getrennt sind.

Seuilleton.

Die von Hohenstein.

Roman von Friedrich Spielhagen.

Ein Rauschen und Raunen und Flüstern und Wispern ging durch die Versammlung, und dann tiefste atemlose Stille. Wänzer hatte sich, nachdem ihm von dem Präzidenten das Wort erteilt war, von seinem Plaze erhoben. Sein schönes Gesicht war sehr blaß, und scharfe Augen wollten bemerken, daß sein dunkles, volles Haar hier und da ergraut sei. Aber es war das vielleicht auch die Wirkung des Abendlichtes, das grau und kalt durch das hohe Fenster, ihm gerade gegenüber, in den Saal fiel. Was alle bemerkten, war die tiefe, kaum geheilte Wunde, die sich breit und rot über seine Stirn vom Winkel des Auges an bis in das Haar zog. Wie sehr diese stolze Kraft durch Krankheiten und Seelenleiden auch erschüttert sein mochte — in den dunklen, schönen Augen glänzte noch das alte Feuer, und seine tiefe Stimme hatte ihren Wohlklang noch nicht verloren, als er jetzt zu reden anhub. Ich bin in der eigentlichen Pagen, sagte er, von dem, was mich betrifft, mit einer Ruhe sprechen zu können, als ob ich aus den Wolken herabschaute auf das Erdentreiben. Denn, meine Herren, ich habe von Ihrem Spruche nichts zu fürchten und nichts zu hoffen. Für das, was ich auf einem anderen und größeren Schauplatze that, bereits zu lebenslänglicher Gefangenschaft verurteilt, müßten Sie erst das jeltene Verheimlich verstehen, die Zahl der mir vom Schicksal zugeteilten

Tage zu vergrößern, wenn Sie mir die Dual des Kerkers noch verlängern wollten, oder Sie müßten mir das Leben selber aberkennen. Jenes können Sie nicht, und dieses dürfte Ihnen unter den obwaltenden Verhältnissen kaum möglich sein. So ist denn jede lebensschäftliche Erregung, die sonst das Gemüt eines Angeklagten trüben mag, von mir genommen; ich säße mich Ihnen gegenüber so frei, wie sich nur ein Gleicher unter Gleichen fühlen kann. So, ohne Haß wie ohne Furcht, ohne Born wie ohne Hoffnung, darf ich die Wahrheit sagen, und ich will es.

Ja, meine Herren, ich gestehe Ihnen ganz offen — und Sie wollen darin nicht einen Beweis der Mißachtung sehen, sondern nur das Resultat dreimonatelanger, ununterbrochener Beschaulichkeit, die auch ein stürmisches Herz in Ruhe wiegen kann — ich würde heute von dieser Gelegenheit noch einmal, zum letztenmal in meinem Leben ein freies Wort zu sprechen, keinen Gebrauch machen, sondern schweigend in die Nacht meines Kerkers zurücktauchen, wenn ich nur meine Sache zu führen hätte, wenn ich nicht, indem ich meine Sache führe, auch zugleich die Sache Dieser hier führe, dieser meiner Genossen und Gefährten, die um meinethalben, ja, meine Herren, um meinethalben! — heute auf der Bank der Angeklagten sitzen. Slaven der Armut und der Unwissenheit, wie sie es zum großen Teile sind, hätte sich, so viel ich weiß, keiner von ihnen zum Widerstand gegen den Druck und den Stoß eines ärmtlichen, erbärmlichen Geschickes emporgerafft, wenn nicht ich, wie die Personifikation ihres dumpfen Grolles, ihrer heimlichen Erbitterung, ihrer namenlosen Leiden an sie herantreten wäre, sie das Wort, das fürchtbare Wort: Revolution hätte buchstabieren und lesen lehren, sie durch wohlgeleitete Reden aus ihrer Apathie aufgerüttelt und aufgeschreckt, sie zu Thaten, zu der That, wegen derer sie jetzt ihr Urteil erwarten, aufgehetzt und auf-

gestachelt hätte. Das Bewußtsein der Verpflichtung, dies Zeugnis hier in dieser feierlichen Stunde, die für mich die letzte schwache Dämmerung von dem Abendrot meines Lebens und den Anfang einer ewigen Nacht bedeutet, angesichts meiner Mitbürger, angesichts meiner Feinde und Freunde, angesichts der Menschen, auf deren Liebe ich im Leben und im Tode sicher rechnen darf — ablegen zu können, dies Bewußtsein hat mich alle Leiden meines Körpers und meiner Seele mit stoischen Gleichmut ertragen lassen, hat mich nicht sterben lassen. Und so sage und bekenne ich vor Ihnen und vor jenem höheren Richterstuhle der Geschichte, vor dem Sie, meine Herren, und ich und diese hier gleicherweise Klienten sind; daß auf mich, den Agitator, den Jubelstürmer, den Rädelstürmer, die Hälfte der Schuld fällt, soweit in menschlichen Verstande hier von Schuld die Rede ist; aber die andere Hälfte, die andere Hälfte, die vielleicht mehr als die Hälfte ist — sie fällt — doch darüber lassen Sie uns hernach sprechen; verstaten Sie mir vorerst den Schwerpunkt meiner Schuld, den das öffentliche Ministerium auf seltsame Weise verrückt hat, an die rechte Stelle zu bringen.

Das öffentliche Ministerium hat meinen Einsichten eine lange Lobrede auf Kosten meines Charakters gehalten. Wenn Sie ihm Glauben schenken wollen, so verdiene ich, was jene betrifft, einen Platz bei den Weisesten aller Zeiten; was diesen anbelangt, so wäre der Schwefelstufel auf dem jüngsten Gericht des Rubens noch nicht feurig genug für mich. Das öffentliche Ministerium hat versucht, einen Menschen aus mir zu machen mit dem Herzen eines Catilina und dem Gehirn eines Plato, das heißt eine Chimäre, eine psychologische Unmöglichkeit, ein moralisches Unding. Ich werde mich halten, meine Herren, in demselben Fehler der Uebertreibung zu verfallen und am Ende gar den Versuch machen, Ihnen den Beweis vom Gegenteil zu führen. Das Wahre von

Politische Uebersicht.

Das rheinisch-westfälische Großunternehmertum, das niemals in seinen Ansprüchen zögert war, fordert jetzt durch sein Organ, die Kölnische Zeitung, eine Herabsetzung des allgemeinen Kohlen- und Kokspreises. Das Ideal der Großindustriellen ist der Einheitspreis für das Tonnenkilometer, d. h. eine Tonne Erze, Kohlen, Kokes, Kalk soll für einen Pfennig einen Kilometer auf der Eisenbahn befördert werden; bei der Beratung der Reichsverfassung hat die Gesetzgeber dieser Gedanke geleitet.

Heute beträgt z. B. in Preußen der Tarif für Eisensteine auf weitere Entfernungen 1,8 Pfg. für das Tonnenkilometer, zugleich einer Abfertigungsgebühr von 8—12 M. für den Doppelwagen von 10 Tonnen je nach der Entfernung, bis der Satz von 2,2 Pfg. für das Tonnenkilometer ohne Abfertigungsgebühr erreicht ist; für Kalksteine auf ebensolche Entfernungen 2,2 Pfg. zugleich 8—12 M. Abfertigungsgebühr; für Kohlen und Kokes 2,2 Pfg. zugleich einer Abfertigungsgebühr von 6—12 M. je nach der Entfernung; zum Hochofenbetrieb 2,2 Pfg. zugleich 7 M. Abfertigungsgebühr für je 10 Tonnen; Entfernungen über 350 Kilometer hinaus werden von da ab mit 1,4 Pfg. Anstoß berechnet.

Je mächtiger sich die Großgewerbe entfalten, um so peinlicher wird die Belastung der Betriebe durch verhältnismäßig hohe Frachtsätze empfunden. Gegenüber dem kapitalistischen Interesse der Industriellen steht das fiskalische Interesse, zum Nutzen des Militärs, des Klassenstaates.

Die preussischen Staatseisenbahnen sind in der That eine Goldgrube. Sie haben im Halbjahr April—September 1896 eine Mehreinnahme von 33 Millionen Mark erzielt; nach dem Voranschlag für das Haushaltsjahr 1895/96 betrafen sich die Einnahmen auf rund 1000 Millionen Mark. Von 1882/83 bis 1893/94 hatten die Staatseisenbahnen einen Reinerwerb über den Zinsbedarf der Staatseisenbahnschuld hinaus in Höhe von 1120794228 M. erzielt, und bis 1895/96 betrug dieser Ueberschuss anschlagsmäßig rund 1 1/2 Milliarden. Davon hätte etwa 1/3 Milliarde zur rechnungsmäßigen Tilgung der Eisenbahnschuld verwendet werden müssen, was denn auch meist durch außerordentliche Tilgung oder durch Verrechnung auf bewilligte Anleihen geschehen ist, während rund 1 Milliarde zu anderen laufenden Bedürfnissen des Staates verwendet worden ist. Allein von 1894/95 auf 1895/96 ist auf Grund der fast 45 Millionen Mark betragenden Mehrüberschüsse diese Verwendung um ebenfalls rund 45 Millionen gestiegen.

Kein Wunder also, daß die rheinisch-westfälischen Großindustriellen niedrigere Tarife fordern: sie wollen die großen Erzlagerrstätten in Elbstal-Lothringen so intensiv wie möglich ausnützen, und dem steht der jetzige Tarif einigermaßen im Wege.

Wie der Großbetrieb sich in Rheinland-Westfalen entwickelt hat, dafür nur einige Angaben! Man braucht nur auf die tägliche Kohlen- und Koksverladungen im Ruhrbezirk hinzuweisen, die jetzt über 180000 Tonnen ausmachen, während die ganze Kohlenförderung im Oberbergamtsbezirk Dortmund 43 Millionen Tonnen jährlich beträgt. Es giebt eine ganze Anzahl von Werken am Niederrhein und in Westfalen, die je einige Hunderttausend Tonnen Kohlen jährlich erlassen und dazu einer Erzzufuhr von je etwa 500000 Tonnen neben derjenigen an Kalkstein und Kokes für die Beschickung ihrer Hochofen bedürfen. So erzeugte der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation im Rechnungsjahre 1895/96 195500 Tonnen Kohlen, der Förderverein sogar 215835 Tonnen, während die Rheinischen Stahlwerke 184865 Tonnen lieferten. Ihnen reißen sich an mit ähnlichen und größeren Herstellungsziffern der Phönix, die Dortmunder Union, die Gutehoffnungshütte, die 1894/95 bereits 276773 Tonnen Kohlen herstellte und dazu 572150 Tonnen Erze sowie 147865 Tonnen Kalkstein verschmolz, ferner 548317 Tonnen Kohlen verbrauchte. Im ganzen wurden jedoch an Kohlen im Oberbergamtsbezirk Dortmund 1824826 Tonnen, im Oberbergamtsbezirk Bonn 1217969 Tonnen, in Elbstal-Lothringen 828883 Tonnen im Jahre 1895 hergestellt. An Eisenbahnfrachten zahlte der Phönix 1895/96 2867000 M., der Schalker Gruben- und Hüttenverein, der ebenfalls zu den größeren Hochofenwerken gehört, im selben Jahre 1381225 M., die Westfälische Union in Hamm, eines der beiden großen Drahtwerke daselbst, 1518859 M. bei einer Hervorbringung von 127616 Tonnen im Werte von 20240899 M., zu deren Herstellung sie 309912 Tonnen Kohlstoffe nötig hatte. Die Bergwerks- und Hüttengewerbe dieses Bezirkes umfassen über 150000 Arbeiter.

Die Kölnische Zeitung verweist, um die Kohlenstoffherabsetzung zu begründen, ausdrücklich hin auf „den außerordentlichen Geschäftszustand und Verkehrsaufschwung“, eine Feststellung, die wir zu Ruh und Frommen der Arbeiterbewegung und ihrer wirtschaftlichen Kämpfe ausdrücklich festlegen.

Im übrigen aber stehen wir der Herabsetzung des Kohlenstoffpreises durchaus nicht feindselig gegenüber. Die Einträglichkeit der preussischen Staatseisenbahnen würde durch diese Gültertarifreform sicher ebensowenig beeinträchtigt werden, wie durch die längst notwendige Personentarifreform.

Im Gegenteil! Die Eisenbahneinkünfte würden sich dank dem Aufschwunge des Fracht- und Personenverkehrs erhöhen, die kleinliche Rücksichtlichkeit in Tariffragen ist auch von fiskalischem Gesichtspunkte aus ein Fehler.

der Sache ist vielmehr, daß ich weder so klug, noch so schlecht bin, wie das öffentliche Ministerium meint, oder zu meinen scheint; weder so klug, denn sonst stünde ich nicht hier, weder so schlecht, denn sonst stünde ich wiederum nicht hier. Was ich hübe und zu hüben bereit bin, ist gerade die Mangelhaftigkeit meiner Einsicht, die auf dem Gebiete der Politik ein Verbrechen ist; was ich hübe und zu hüben bereit bin, ist gerade, daß ich Herz genug besaß, um von den Bildern der Armut und des Elends, die meine Augen täglich schauten, ergriffen, von den heiseren Stimmen des Hungers und der Sorge, die meine Wiege schon umtönen, erschüttert und gefoltert zu werden. Wäre ich ein kalter Selbstling, ich hätte mich für meine sozialen Theorien nicht geschlagen; wäre ich bloß klug gewesen, ich hätte mich zur rechten Zeit salviert; wäre ich weise gewesen, so hätte ich mir sagen müssen, daß die Mine, mit welcher ich den äußerlich so stolzen und innerlich so morschen Bau unserer modernen Gesellschaft in die Luft zu sprengen hoffte, lange nicht tief, lange nicht mächtig genug war, daß man mit einer Handvoll guter Leute, denen man ihre elende Lage zum Bewußtsein gebracht hat, keine deutsche Republik gründen kann.

(Fortsetzung folgt.)

Deutsches Reich.

Der neueste Bismardrummel.

Die Hamburger Nachrichten bruden die Erklärung des Reichsanzeigers ab und schreiben dazu: „Wir dürfen wohl noch Gelegenheit haben, auf diese Angelegenheit zurückzukommen.“ Otto der Eiserne (siehe auch unseren heutigen Berliner Brief) droht also mit neuen „Enttäuschungen“.

Die Kölnische Volkszeitung, das Centrumsblatt, hält es für unentbehrlich, daß die Reichsregierung zu diesen Enttäuschungen schweige, nachdem Diplomaten sich dahin geäußert, Bismard habe ein Element des Mißtrauens in die internationalen Beziehungen hineingebracht, das in Jahren nicht wieder zu beseitigen sei.

Garben schreibt im neuesten Hefte der Zukunft: „In der Zukunft wurde, nicht zum erstenmal, am 16. Oktober daran erinnert, daß uns bis zum Jahre 1890 „eine ungewöhnliche Abmachung“ den Russen verband; acht Tage später wurde als ein besonderes Verdienst Bismards erwähnt, daß es ihm gelungen sei, eine Abmachung herbeizuführen, die dem deutschen Reich für den Fall eines französischen Angriffskrieges die wohlwollende Neutralität Rußlands verbürgte“, und hinzugefügt, dieses Verhältnis sei nach Bismards Entlassung offenbar nicht erneuert worden. Am 24. Oktober wurde diese Darstellung in den Hamburger Nachrichten bestätigt; es hieß da, bis 1890 seien „beide Reiche im vollen Einverständnis darüber gewesen, daß, wenn eins von ihnen angegriffen würde, das andere wohlwollend neutral bleiben solle“.

Graf Caprivi erklärte am 28. November 1892 im Reichstage: „Man hat der jetzigen Regierung den Vorwurf gemacht, wir hätten den Draht zerissen, der uns mit Rußland verbunden hätte. Dem widerspreche ich ganz bestimmt. Wir haben alle Sorgfalt darauf verwendet, diesen Draht zu erhalten; wir wünschen nur nicht, daß er uns den Strom aus denjenigen Leitungen nimmt, die uns mit Oesterreich-Ungarn und Italien verbinden.“ An dieses Wort, so schreibt der offiziöse Hamb. Korrespondent, möge man sich auch in Wien und Rom erinnern!

Man möge sich auch erinnern an Caprivis Erlaß vom 23. Mai 1890 an die deutschen Völkervertreter und Gesandten, worin es hieß: „Se. Majestät unterscheiden zwischen dem Fürsten Bismard früher und jetzt und wollen seitens Allerhöchstdiener Regierung vermeiden sehen, was dazu beitragen könnte, der deutschen Nation das Bild ihres größten Staatsmannes zu trüben. Zudem ist Sie hier von mit der Ermächtigung, erforderlichenfalls sich demgemäß zu äußern, in Kenntnis setze, füge ich ergebenst hinzu, daß ich mich der Hoffnung hingeebe, es werde auch seitens der Regierung, bei welcher Sie accreditiert sind, den Neußerungen der Presse in Bezug auf die Anschauungen des Fürsten Bismard ein aktueller Wert nicht beigelegt werden.“

Die österreichischen, ungarischen, italienischen Offizierskreise bereiten sich, die Erklärung des Reichsanzeigers im Sinne der deutschen Regierung auszuliegen, die Italiener allerdings mit einem hörbaren Rude nach Rußland, dessen Bar die Heirat des italienischen Kronprinzen mit der montenegrinischen Vassallentochter gilligst erlaubt hat.

Die Neue Freie Presse in Wien v. D. schreibt: „Wenn der Reichsanzeiger betont, daß die Unrichtigkeit der Unrichtigkeit und Vertragsstreue der deutschen Politik bei den anderen Mächten zu fest begründet sei, als daß sie durch solche Enttäuschungen erschüttert werden könnte, so müssen wir dieser Auffassung mit Ueberzeugung beipflichten. Die öffentliche Meinung Oesterreichs ist einmütig in den Neußerungen des Vertrauens und der sicheren Annahme, daß auf die durchaus zuverlässige und loyale Erfüllung der Vertragspflicht seitens der jetzigen deutschen Regierung unbedingt zu rechnen sei. Schon unter den ersten weltlichen Eindrücken erfüllt sich somit die Erwartung des Reichsanzeigers und erwies sich die Ueberzeugung von der Bündestreue der deutschen Regierung in Oesterreich als vollkommen unerschüttert.“

Die Neue Freie Presse teilt offenbar auf Grund von Bismardschen „Inspirationen“ mit Bezug auf die von den Hamburger Nachrichten gemachte Angabe, daß bis zum Jahre 1890 neben dem deutsch-österreichischen Bündnis und parallel mit ihm auch noch ein deutsch-russisches Abkommen zur verstärkten Sicherung des Friedens bestanden habe, folgendes mit: „Das Abkommen hat allerdings bestanden, und zwar nicht auf Grund mündlicher Vereinbarungen, sondern schriftlich, und ist von den Ministern im Namen ihrer Monarchen vollzogen gewesen. Eine Mitteilung dieses Vertrages an die übrigen Mächte hat nicht stattgefunden. Der Inhalt des im Jahre 1884 auf sechs Jahre abgeschlossenen Vertrages ging zwar nicht so weit wie der des deutsch-österreichischen Bündnisses, das ein aktives militärisches Eingreifen des einen Kontrahenten fordert, sobald der andere von Rußland angegriffen wird, aber er enthielt doch die Verpflichtung zur „wohlwollenden Neutralität“ für jede der beteiligten beiden Mächte, sobald dieselbe unprovokiert von einer dritten Macht, beispielsweise also Deutschland von Frankreich oder Rußland von Oesterreich, angegriffen würde.“ 1890, während der Kanzerkrise, habe der russische Völkervertreter Graf Schuvalow dem Fürsten Bismard erklärt, im Falle eines Kanzerwechsels in Berlin könne der Bar in die Verlängerung des Vertrages nicht einwilligen. Trotzdem habe Rußland mit Caprivi den Vertrag erneuern wollen, sei aber abgewiesen worden; 1890 sei der Vertrag stillschweigend abgelaufen.

In der Besprechung des Wiener Fremdenblattes über die Neußerungen des Reichsanzeigers heißt es: „Die Ueberzeugung des Reichsanzeigers, daß die Zuversicht in die Unrichtigkeit der Vertragsstreue der deutschen Politik bei den anderen Mächten zu fest begründet sei, als daß sie durch vorartige Enttäuschungen erschüttert werden könnte, ist, was Oesterreich-Ungarn betrifft, vollkommen gerechtfertigt. Wir glauben nicht, daß seit der Dauer des Bündnisses mit Deutschland, sowie des Dreibundes, es überhaupt auch nur eine Phase gab, wo das gegenseitige Vertrauen der Alliierten geschwächt und Zweifel in die Absichten der Teilnehmer begründet gewesen wären. Solche Bündnisse, die die heimlichen Interessen von Millionen betreffen, beruhen nicht auf augenblicklichen Eingebungen einzelner Staatsmänner, sondern werden von den Völkern getragen, deren Gesinnung und Interessen sie verkörpern, und von Monarchen gewahrt, deren Treue und Glauben über die Möglichkeit jedes Zweifels stehen.“

Der Vester Lloyd sagt: „Wir haben zu unserer bisherigen Stellungnahme gegenüber den ersten Indiskretionen, welche so scharfe Verurteilung in Berlin erfahren haben, gar nichts hinzuzufügen. Wenn die deutschen antiken Kreise keinen Anlaß zum Eingehen in eine Diskussion über die erfolgte Vertreibung von Staatsgeheimnissen und die Schädigung wichtiger Staats-

interessen erblicken, so haben wir nichts dagegen einzuwenden, uns genügt der bisherige Zustand und eine Versicherung von der Unrichtigkeit und Vertragsstreue der deutschen Politik, die durch diese Enttäuschungen nicht erschüttert werden können.“

Der offiziöse Don Chisciotte in Rom schreibt: „Wenn Deutschland trotz des Dreibundvertrages noch andere Specialverträge zu schließen für gut befand, so könne dies den Italienern aus zweierlei Gründen recht sein. Einmal, weil jene neuen Verträge ja doch nur Friedenszwecke im Auge hätten, und dies sei die größte und einzige Wohlthat der Tripelallianz. Dann aber müßten die Enttäuschungen des Fürsten Bismard die Staatsmänner ermutigen, einen Weg zu wandeln, der der großen Mehrzahl der Italiener als der beste erscheine. Das Beispiel Deutschlands thue dar, daß man sehr wohl dem Dreibund angehören, ja, sogar dessen Bollwerk und der Hauptinteressen sein könne, ohne darum auf die Einleitung intimer Beziehungen zu anderen Völkern verzichten zu müssen.“

Die Londoner Times, das einflußreiche englische Blatt, meint, die Erklärung des Reichsanzeigers höre sich an, als ob wenig in den Enttäuschungen der Hamburger Nachrichten zu berücksichtigen wäre. Oesterreich werde aber einen Trost finden in der Thatsache, daß Deutschland nicht länger seine natürlichen Vorteile über Oesterreich durch hinterlässig abgeschlossene Geheimverträge vermehren werde. Die Enttäuschung werde die durch aktuelle Umstände bestimmten, von der Auffassung der leitenden Kreise abhängenden Beziehungen der Staaten nicht beeinflussen; aber man dürfe gegen Gefahren nicht blind sein, da eine beträchtliche Menge nicht befestigten Gebietsgleichgewichts in Europa vorhanden sei. Jeder betone den Wunsch nach Frieden und seine Erhaltung verlange allgemeine und thätige Wachsamkeit. Der konservative, Salisbury ergebene Standard sagt, der Reichsanzeiger habe dem Fürsten Bismard einen gerechten Tadel erteilt. Europa sehe in der Beständigkeit des Dreibundes noch immer die wichtigste Garantie des Friedens.

Berliner Brief.

Der Hintermann der Hamburger Nachrichten ein Hochverräter. K. Berlin, 28. Oktober.

Wir wollen nicht das Gebiet der hohen Politik betreten. Die bürgerliche Presse ist voll von den „Enttäuschungen“ der Hamburger Nachrichten, die ausgeplaudert haben, daß Bismard hinter dem Rücken der Dreibundstaaten mit Rußland ein vertragswidriges Einverständnis herbeigeführt habe. Die Erklärung des Reichsanzeigers gegenüber diesen Enttäuschungen wird sogar als eine Bestätigung aufgefaßt.

Was uns interessiert, ist hauptsächlich die Frage: Was würde Bismard, wenn er noch allmächtiger Kanzler wäre, gethan haben, wenn unter seiner Herrschaft ähnliche Staatsgeheimnisse von irgend einer Seite enthüllt worden wären? Und ein Verrat von Staatsgeheimnissen liegt ohne Zweifel gerade nach Bismards Auffassung vor. Als nach der Veröffentlichung des Tagebuchs des Kaisers Friedrich in der Deutschen Rundschau der Kanzler seinen Bericht an den König, der die Verfolgung gegen die Veröffentlichung der Deutschen Rundschau bezweckte, niederschrieb, da ging er von der Auffassung aus, daß auch die Veröffentlichung solcher Thatsachen, die der Vergangenheit angehören, unter den Begriff Staatsgeheimnis fallen. Sogar die Mitteilung von Absichten, die der Kaiser Friedrich gehabt haben soll, waren nach Bismard ohne Zweifel Nachrichten, deren Veröffentlichung dem Bestand und die Zukunft des deutschen Reiches, da auf der Erhaltung des Dreibundes wesentlich beruht, gefährdete.

Ohne das leiseste Bedenken würde Bismard den Kaiser ersucht haben, ihn huldreich ermächtigen zu wollen, daß er dem Justizminister die Aufforderung zugeben lasse, die Staatsanwaltschaft zur Einleitung des Strafverfahrens gegen die Redaktion der Hamburger Nachrichten anzuweisen. Und wenn die Enttäuschungen der Hamburger Nachrichten auch nicht echt sein sollten, so tritt nach Bismard doch der Artikel 92, II in Wirksamkeit. Es tritt auch hier nur Zuchthausstrafe nicht unter zwei Jahren oder bei mildernden Umständen Festungshaft nicht unter sechs Monaten ein.

Freilich an Bismards Stelle sitzt jetzt ein Hohenlohe und dessen war nicht Bismard. Dafür war dessen aber auch der reine Haisentnabe gegenüber dem Hintermann der Hamburger Nachrichten. Bismard läßt sich durch den Reichsanzeiger, der die Enttäuschungen als einen Verrat von Staatsgeheimnissen genügend gebrauchmarkt hat, nicht einschüchtern, sondern droht erneut mit weiteren Enttäuschungen. Er ist sich seiner sicheren Position bewußt. Während gegen dessen seiner Zeit das Verfahren eingestellt wurde, weil er nicht das Bewußtsein hatte, Staatsgeheimnisse zu veraten, veröffentlichten die Hamburger Nachrichten mit bewußter Böswilligkeit strengste Staatsgeheimnisse, um Deutschland nach allen Seiten hin zu isolieren und den Dreibund zu sprengen. Wenn es nach der Bismardschen Taktik ginge, so säße der Hintermann der Hamburger Nachrichten schon längst in Haft, wenn er so ehrlich und mutig wie der verfohlte Professor dessen sich als Inspirator nennen würde.

Schade, daß der Oberreichsanwalt Tesendorf nicht mehr lebt! Was für ein Genuß müßte es für dieses staatsanwaltschaftliche Genie sein, gegen Bismard eine Anklage begründen zu dürfen? Hatte er doch gelernt, im Sinne und nach Wunsch seines Meisters zu arbeiten. Er könnte seine Anklageschrift gegen dessen als Konzept benutzen und wie damals mit wenigen Änderungen schließen: „Die berichteten Thatsachen sind solche, deren Geheimhaltung für das Wohl des deutschen Reiches erforderlich ist. Bei der Prüfung der Notwendigkeit der Geheimhaltung kommt es nicht sowohl darauf an, ob die berichteten Thatsachen im einzelnen objektiv wahr sind, als vielmehr darauf, daß sie berichtet sind von dem Fürsten Bismard, dem ehemaligen Reichskanzler; denn ihre Autorität auf dem Gebiete politischer Erwägungen und Entschlüsse erhalten die Enttäuschungen an und für sich vermöge der Stellung des Hintermannes in der öffentlichen Meinung, insbesondere auch bei den anderen Regierungen.“

Doch, wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter. Der Hintermann der Hamburger Nachrichten wird ungestraft den Hochverräter spielen — das gehört eben auch zu dem System, das der Justizminister Schönstedt mit den Worten bezeichnete: Wenn zwei daselbe thun, ist es nicht daselbe.

* Berlin, 29. Oktober. Der preussische Landtag ist auf den 20. November einberufen worden.

Die Zahl der Hilfsarbeiter im Reichspatentamt und im Auswärtigen Amte soll erhöht werden.

Die Reichsregierung hat sich mit den Einzelregierungen in Verbindung gesetzt, um durch die Handelskammern und andere Korporationen neue eingehende Erhebungen über die Wirkung

der Handelsverträge anstellen zu lassen, da die Reichsregierung erwartet, daß im Laufe des kommenden Winters die mannigfaltigen Zollschwierigkeiten, die sich namentlich im Verkehr mit Rußland ergeben haben, im Reichstag zur Sprache gebracht werden. In den ersten Tagen des nächsten Monats wird, wie ein Berliner Blatt berichtet, der russische Staatsrat Timirjasew hier eintreffen. Herr Timirjasew wird bei dieser Gelegenheit an den Verhandlungen, die gegenwärtig zwischen der deutschen und russischen Regierung über die Beseitigung der bestehenden Grenz- und Zollschwierigkeiten stattfinden, teilnehmen. Diese Verhandlungen nehmen, wie wir jetzt neuerdings bestätigen können, bisher einen durchaus befriedigenden Verlauf. Im Laufe der Verhandlungen wird auch die Frage der russischen Gänseeinfuhr zu einer, wie verlautet, für beide Teile befriedigenden Lösung gelangen.

Die Stadtverordnetenliste und Genossen brachte in der Berliner Stadtverordnetenversammlung einen dringlichen Antrag ein, den Magistrat zu ersuchen, mit allem Nachdruck bei dem Polizeipräsidenten darauf zu dringen, daß die gegenwärtige Einrichtung der Kriminalpolizei und des Nachwachstendienstes einer eingehenden Prüfung und erforderlichen Falles einer Verbesserung unterzogen werde, wie es den Sicherheitsbedürfnissen der Berliner Bürgerschaft und den außerordentlich hohen Anforderungen, der Gemeinde für Polizeizwecke entspreche. Die Berliner Wochenschrift der letzten Wochen ist das beste Argument für diesen Antrag. Der Mörder Werner ist noch immer nicht gefaßt. Überall, wo die politische Polizei die erste Geige spielt, leiden die Aufgaben der Sicherheitspolizei.

Der in den Prozess wegen des Dresdener Jarenkoastes verwickelte Richterstaatsrat Frh. v. Lühov entstammt, wie der Frankfurter Zeitung mitgeteilt wird, einer alten mecklenburgischen Adelsfamilie. Sein Vater war Kommandeur des mecklenburgischen Grenadierregiments. Er ist im Kadettenkorps erzogen, war dann im Grenadierregiment Nr. 89 und später im Infanterieregiment Nr. 85 verheiratet. Dort wurde er mit schlichtem Abschied entlassen, später indessen beim 96. Regiment in Altona wieder angestellt. Nachdem er noch vorübergehend dem 34. Regiment angehört hatte, trat er zu den Landwehroffizieren über. In Berlin versuchte er sich als Sozialist eine Existenz zu gründen, und den mannigfachen Beziehungen seiner Frau gelang es, ihm eine Stellung im Wolffschen Bureau zu verschaffen. Dort wurde er indessen wegen Insubordination entlassen, und gründete dann selbst ein kleines Nachrichtenbureau. Durch seinen Namen, seine sehr gewandten Manieren und dadurch, daß er fast immer in Uniform ging, gelang es ihm, selbst in guten und einflußreichen Kreisen Eingang zu finden, bis er im Jahre 1890 in der Kreuzzeitung als russischer Spion denunziert und als Landwehroffizier entlassen wurde. Seitdem sah er sich kümmerlich durch. Alle, die ihn kannten, waren sehr überrascht, ihn vor Jahr und Tag als Angestellten der politischen Polizei in Berlin wieder zu treffen.

Unter der Mitwirkung der Vertreter des Kirchenregiments hat gestern die orthodoxe Mehrheit der brandenburgischen Provinzialsynode unter Führung Stöckers die Anträge angenommen, die auf die „Säuberung“ der theologischen Universitäten von den „ungläubigen“ Professoren abzielen.

Die Margarinefrage wollen die Agrarier im Reichstag wiederum zur Sprache bringen. Man erwägt nach der Deutschen Tageszeitung noch, ob man zunächst die Form der Interpellation wählen oder gleich einen Gesetzentwurf einbringen solle, der „selbstverständlich“ die alten Forderungen enthalten würde. Das agrarische Blatt rät dazu, zuerst eine Interpellation einzubringen, um die Absichten der Regierung kennen zu lernen.

Zum Staatskommissar für die Börse in Berlin soll, der Posener Zeitung zufolge, der Geh. Regierungsrat im preussischen Handelsministerium Lufensky, als Stellvertreter der dritte Direktor der Central-Genossenschaftskasse Dr. Heiligenstadt ernannt werden. Herr Lufensky war Regierungsvertreter in der Börsegesetzkommission.

Betreffs Konvertierung der vierprozentigen Reichs- und Staatsanleihen ist bisher die Frage über die gesetzlich festzulegende Frist, innerhalb der eine weitere Konversion der 8 1/2 prozentigen in eine 3 prozentige Anleihe nicht stattfinden soll, noch nicht definitiv entschieden. Wie die Berl. Börsenztg. hört, ist jetzt bestimmt, daß sowohl im Reich wie in Preußen diese Frist auf 8 Jahre festgesetzt werden soll.

Zum außerordentlichen Gesandten in Peking ist Legationsrat Dr. Frh. v. Heyking, früher Generalkonsul für Ägypten, ernannt worden. Herr v. Heyking war in die Tragödie des Berliner Universitätsprofessors v. Puttk. verwickelt, die vor mehreren Jahren großes Aufsehen gemacht hat.

Herr Raumann beklagt sich darüber, daß wir ihn und seine Leute als Kleinbürgerliche Utopisten gekennzeichnet haben.

So wie auch das Durcheinander der Ansichten in der neuen Gemeinde ist, diese Charakteristik trifft zu.

Eingeschlossen auf die kapitalistische Produktionsweise, Wortführer des Militarismus, der Flottenbegeisterung, der Kolonialpolitik, konfessionell beschränkt bis zur Borniertheit, sind sie die echten Vertreter des verkrachten, hilflosen Kleinbürgertums.

Herr Raumann, der den „Klassenkampf“ gelten läßt, mag mit seinem Gesinnungsgegenstande sich auseinandersetzen, der den heutigen Klassenstaat den „Staat der Gerechtigkeit“ nennt.

Der Scheinradikalismus der Raumannianer, deren Reue die den widerpenstigen Sozialdemokraten provokatorisch mit Sozialistengesetzen drohen, täuscht den unbefangenen Beobachter nicht: die Löwenhaut birgt eben nur den rabbiat gewordenen Pfahlbürger Schnock, wie ihn schon das kommunistische Manifest gezeichnet hat.

Ueber das Bernsteinmonopol wurde am Mittwoch vor dem Reichsgericht als Revisionsinstanz verhandelt. Das Landgericht in Stolp hatte am 15. Mai den Bernsteinwarenfabrikanten Edmund Westphal von der Anklage der wissenschaftlichen Anschuldigung und Verleumdung des Geh. Kommerzienrats Becker in Königsberg und verschiedener Staatsbeamter freigesprochen. Hierzu hatten der Staatsanwalt und der Nebenkläger Geh. Kommerzienrat Becker Revision eingelegt. Der Reichsanwalt sowie der Vertreter des Nebenklägers, Justizrat Mündel-Berlin, beantragten die Aufhebung des Urteils und Verweisung der Sache an ein anderes Gericht. Der Verteidiger, Dr. Sello-Berlin, beantragte dagegen die Verwerfung der Revision, da der § 133 des Reichsstrafgesetzbuches verkannt sei und die erhobene Prozeßbeschwerde der Begründung entbehre. Das Reichsgericht entschied denn auch im Sinne der Verteidigung. Der Bernsteinkönig Becker ist also gerichtet. — Für das straf-

gerichtliche Verfahren, das gegen den Geh. Kommerzienrat Becker aus Anlaß des bekannten Bernsteinprozesses eingeleitet worden ist, sollen nach dem Graubuzer Gesell. die Verhandlungen der Regierungskommission auch Material für die bessere Verwertung des Bernsteinmonopols beschaffen. Bei der zukünftigen Regelung des Regals, das außer für West- und Ostpreußen in bedingter Weise auch für Pommern eingeführt werden wird, sollen die Interessen auch der kleineren Industrien in weitgehender Weise berücksichtigt werden. Voraussichtlich wird die Zentralisation des Bernsteinhandels von Königsberg nach Danzig verlegt werden, jedoch ohne die Handelsbedingungen der Nachbarprovinzen dabei einzuschränken.

Der Landrat von der Schulenburg in Oschersleben fählt sich veranlaßt, eine Erklärung darüber zu veröffentlichen, weshalb er das vielbesprochene Gedicht des Astronomen v. Mädler dem Staatsanwalt als gotteslästerlich denunziert habe. Der Landrat giebt zugleich seinem Bedauern Ausdruck, daß das Gesetz keine Handhabe biete, um dem Redakteur, der das Gedicht abgedruckt hat, beizukommen.

Das Gericht hat bekanntlich die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den beschuldigten Redakteur abgelehnt. Dem orthodoxen Denunzianten sind so die Wege gewiesen worden. Herr v. d. Schulenburg sieht offenbar nicht, wie sehr er sich durch sein Vorgehen bloßstellt.

Dresden, 28. Oktober. Am 3. und 4. November tagt hier die allgemeine Konferenz der deutschen Sittlichkeitsvereine. Außer der Berichterstattung werden Vorträge gehalten über: Die Sittlichkeit in der Armee in der Delegiertenkonferenz am ersten Tage, dann in einer öffentlichen Frauenversammlung über: Erziehung der Kinder zur Sittlichkeit (von P. Mühlh. Dresden), Die Sittlichkeitsbewegung und die Frauen (Sup. Niemann-Kryh); in einer öffentlichen Männerversammlung über: Das neue bürgerliche Gesetzbuch in seiner Stellung zur Sittlichkeit (Landrichter Dr. Richter-Dresden), Kampf gegen die Unsitlichkeit (Pfarrer Weber-M. Glöblich); endlich in einer gemeinsamen Hauptversammlung über Theater und Sittlichkeit (Dr. med. Beerwald-Berlin) und Hebung der Sittlichkeit auf dem Wege der Kirchenzucht (Generalsekretär Henning-Berlin). Außerdem ist noch eine Studenterversammlung und eine Versammlung für junge Männer aller Stände vorgesehen.

Genf a. d. N., 28. Oktober. Der Kaiser hat die Werke des Kronenprinzen Krupp besichtigt, der an dem deutschen Militärischen ungezählte Millionen verdient. Bei dem Festmahl in der Villa Hügel brachte Krupp ein begeistert aufgenommenes Hoch auf den Kaiser aus. Während der Tafel ließ ein Telegramm des Vorstandes des Beamtenasinos der Kruppischen Werke ein, das das Gelübnis der unwanbelbaren Treue zum Kaiser enthält. Der Kaiser ließ dem Beamtenasino für die treue Gesinnung danken und stiftete für das Kasino, für das Vereinigungsklokal des Meppener Schießplatzes und für den Sitzungssaal des Essener Rathauses je ein Exemplar des neuesten Knackfußbildes: Deutscher Michel, und schenkte auch Herrn und Frau Krupp je ein Exemplar.

Mehrförderungen zum Artilleriewesen werden nicht ausbleiben.

Greifeld, 28. Oktober. Bürgermeister Posthoff aus Orfah, der durch seinen Protest gegen einen vom Landrat veröffentlichten Nachruf von sich reden machte, ist nach einer Meldung der Ruhrzeitung aus Berlin in Geisteskrankheit verfallen und in die Charité gebracht worden. Herr Posthoff hatte sich wegen des gegen ihn eröffneten Disziplinarverfahrens nach Berlin begeben und versucht, eine Audienz zu erhalten.

s. Gießen, 28. Oktober. Die Freisinnige Partei agitiert für die bevorstehende Reichstagswahl in bisher noch nicht dagewesener Weise. Die Herren verfügen über große Geldmittel, die ihnen aus Frankfurt, Berlin (Centralleitung der Partei, Verein zur Abwehr des Antisemitismus, Schutzverband gegen die Agrarier) und aus Gießen selbst zugegangen sind. — Wird aber alles nichts helfen. Die Freisinnigen haben das Geld, wir das gute Recht und die ehrliche Ueberzeugung auf unserer Seite.

Hamburg, 28. Oktober. Die Bürgerschaft nahm heute abend die Beschlüsse zur „Reform“ der Verwaltung und Verfassung, sowie betreffend die Aenderung des Bürgerrechts nach dem Senatsantrage im Sinne der Vermittlungsdeputation auch in zweiter Lesung fast einstimmig und damit endgültig an.

München, 28. Oktober. Vom Militärbezirksgericht wurde gestern ein Soldat der Garnison Kempten freigesprochen, der einen Brauerknecht in einem Gasthaus mit dem Seitengewehr nach kurzem Wortwechsel erstickt hatte, weil der Brauerknecht sich um die Geliebte des Soldaten bewarbt und ihr nachgegangen war. Angegriffen wurde der Soldat nicht. Er behauptet aber, der Meinung gewesen zu sein, er werde angegriffen.

Oesterreich-Ungarn.

Interpellation.

Wien, 28. Oktober. Die Abgeordneten Bernerstorfer und Kronawetter brachten eine Interpellation wegen der ohne richterlichen Befehl erfolgten Verhaftung des Paters Stojanowski ein.

Das Wahlergebnis in Ungarn.

Budapest, 28. Okt. Bis heute nacht 2 Uhr wurden 220 Wahlergebnisse bekannt, von denen 162 liberal, d. h. regierungsparteilich sind. Das Resultat war selbstverständlich: Kolben und Säbel haben es gemacht.

Schweiz.

Nochmals die Nationalratswahlen.

ob. Zürich, 27. Oktober. Wie nach den nun vorliegenden Wahlergebnissen zu schließen ist, bewerkeln die Wahlen vom letzten Sonntag eine kleine Schwenkung des Volkes nach links, d. h. nach der Seite der radikal-demokratischen Parteien hin. Die radikal-demokratische Fraktion (Linke) im verflochtenen Nationalrat war 94 Mann stark, die liberal-konservative (Centrum) 19, die katholisch-konservative (Rechte) 81.

Dieses Stärkeverhältnis der einzelnen Gruppen hat sich ein wenig verschoben, indem das Centrum 6 Sitze zu Gunsten der Linken eingebüßt hat, während die Rechte nichts gewonnen und nichts verloren hat. Besonders bemerkenswert sind die Wahlen in Genf und im Tessin, wo die Radikalen glänzend siegten, allen Machinationen der Konservativen zum Trotz. Genf hat sogar an Stelle eines konservativen Ständerats einen radikalen gewählt. Am erfreulichsten aber für uns ist die starke Verneinung der sozialdemokratischen Stimmzahl. In Basel ist Genosse Bullschleger mit imponierender Macht gewählt worden, in Zürich kommt Genosse Greulich in die Stichwahl mit dem

demokratischen Schappi, da voraussichtlich die Freisinnigen die Stichwahlkandidatur des Obersten Wille fallen lassen, um Greulich nicht zum Siege zu verhelfen. In Luzern kommt unser Genosse Fürsprech Albisser und in Appenzell-Außeroberden Genosse Dr. Herz in die Stichwahl. Wir werden voraussichtlich in sämtlichen drei Kreisen, wo unsere Genossen zur Stichwahl kommen, unterliegen, doch haben wir benoten, daß wir als Partei aufzutreten berechtigt sind und daß man in Zukunft mehr als bisher mit uns wird zu rechnen haben. Bedauerlich ist, daß infolge der Spaltung innerhalb der Berner Partei es nicht gelungen ist, den Genossen Zraggen in den Rat zu bringen. In Lausanne hat unser Genosse Fauque 3200 Stimmen auf sich vereinigt, in Solothurn Genosse Fürholz als Staatsanwalt 1000 Stimmen, in Neuenburg Genosse Sandoz, Uhrenfabrikant, 2098 Stimmen, in Bern (8. Kreis) Genosse Witz, Fürsprech, 1450 Stimmen und in Bern (9. Kreis) Genosse Reimann, der weltliche Adjunkt des schweizerischen Arbeitersekretariats, 3200 Stimmen. So bedeuten für uns die Wahlen am Sonntag ein Vorrücken auf der ganzen Linie. Und wir werden weiter marschieren!

Frankreich.

Die Carmauxer Ordnungsthaten.

Paris, 27. Oktober. Carmaux ist wiederum, wie vor fast genau einem Jahre, der Schauplatz brutaler Gewaltthaten gewesen. Nur daß diesmal die behördlichen Ausschreitungen die Fortsetzung und die Begleiterscheinung des von privaten Ordnungshütern verübten Handstreichs waren. Die Sache war von langer Hand planmäßig vorbereitet. Der „progressiv-republikanische Zirkel“ von Carmaux (so betitelt sich die dortige reaktionäre, opportunistisch-monarchistische Vereinigung) leitete die Aktion ein unter der freundlichen Neutralität der Polizei mit einem Maueranschlag, worin die Bevölkerung zu einer feindseligen Kundgebung gegen die sozialistischen Abgeordneten (darunter Jaurès, der Abgeordnete von Carmaux) und Delegierten aufgefordert wurde, die nach der Einweihungsfeier der Glasblütte in Albi nach Carmaux, und zwar auf Einladung der sozialistischen Arbeiterschaft, kommen sollten. Zur Erhöhung des Effekts wurden Johann Pfeifen unentgeltlich und freigeigig verteilt. Pfeifegüter, das geistige Haupt der Ordnungsbände, wirkte dafür, daß „feine“ Arbeiter, namentlich die Streikbrecher, die im Vorjahre sich seinem Machtwort gefügt hatten, am Spektakel teilnahmen. Da aber die Bourgeois und Spießbürger, selbst durch Pfeifegüters Knedte verstärkt, noch immer ein winziges Häuflein gegenüber der Arbeiterschaft ausmachen würden, so mußte die öffentliche Gewalt im richtigen Moment eingreifen. Unnützlich zu sagen, daß Barthou, der kraftmeierische Minister des Innern, die nötigen Befehle gab, um die sozialistische Arbeiterschaft zu provozieren. Dafür zeugt schon der Umstand, daß der sozialistische Gemeinderat von Carmaux, geleitet Herr der lokalen Polizei, unmitttelbar vor der großen Aktion auf höheren Befehl seine Befugnisse an den Regierungskommissar abtreten mußte. Der sozialistische Gemeinderat würde sich ja zu der infamen behördlichen Provokation nicht hergeben haben ...

Die Ordnungsbretter verlief nach der üblichen Schablone. Das Pfeifen des Ordnungsgesindels bei der Ankunft der sozialistischen Abgeordneten und Deputierten gab der bewaffneten Macht das Signal zur „Wiederherstellung der Ordnung“. Die Gendarmerie ritt in die den Sozialisten sympathische Menge hinein. Männer, Frauen und Kinder niedertrappend ... Es gab zahlreiche Verwundete. Ein Arbeiter soll getötet worden sein ... Es fehlt der Raum, um alle einzelnen Brutalitäten der losgelassenen Soldateska zu erwähnen ... Als Johann die Angekommenen im Lokal der Carmauxer Arbeiterschaft, wo sich an die 4000 Mann versammelt hatten, angelangt waren, da traten die Ordnungspfeifer wieder in Thätigkeit. Die Ruheführer, darunter ein mit einem Dolchmesser Bewaffneter, wurden aber hinausgeworfen. Die Versammlung konnte beginnen. Da stürmten die Gendarmen, Gewehr in der Hand, in den Saal und trieben die Menge auseinander. Ein flagranter Gesetzesbruch, denn die Versammlung war von dem anwesenden Kommissar gar nicht aufgelöst worden ...

Nur der musterhaften Selbstbeherrschung der Arbeiterschaft ist es zu verdanken, daß Barthous Jued, eine Massenschlägerei a la Fourmies, vereitelt wurde. Die böse, blutige Wärsicht soll aber dem Nachtreter Constans' und Leagues' nicht geschenkt bleiben. Jaurès wird im Auftrag seiner Wähler, denen es doch noch gelang, sich ungestört im Lokal des Arbeiterbildungsvereins zu versammeln, den Minister des Innern, den wahren Urheber der Gewaltthaten, interpellieren.

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß die Ordnungspresse in den für jeden halbwegs zivilisierten Staat beschämenden Vorgängen nur einen Gegenstand schadenfroher Spötteleien über Jaurès erblickt. Dabei wird natürlich die Sachlage gründlich umgelassen. Der Ordnungsklingel von Carmaux und dessen schofte Werkzeuge werden für die Arbeiterschaft von Carmaux ausgegeben ...

Wie das türkische Vorgehen des Ordnungsministers eine Wiederholung der vorjährigen Brutalitäten ist, so wird die zweite Carmaux-Interpellation der ersten an Wirkungskraft gleichkommen. Insofern die gegenwärtige Regierung noch an Ursachen zu verlieren hat, wird es während der parlamentarischen Abrechnung mit ihrem neuesten Streich geschehen.

Italien.

Sozialistischer Gemeindevahltag. — Söfegeld für die Gefangenen in Afrika.

— Rom, 27. Oktober. Die Genossen der Rivierstadt Sar Remo, wo viele reiche Nordländer des milden Klimas halber zu überwinteren gewohnt sind, haben der sozialistischen Partei bei der letzten Gemeindevahlwahl alle Ehre gemacht. Von 30 zu wählenden Räten sind 24 Sozialisten durchgedrungen. Turnatis Wahlagitator an Ort und Stelle war von bestem Erfolg und erregt berechtigtes Aufsehen.

Der Dampfer Indipendente fuhr von Ancona mit mehreren Millionen Gold an Bord ab, das zum Loskauf der Gefangenen in Afrika bestimmt sein soll. Ueber das Schicksal der Gefangenen ist immer noch nichts Bestimmtes bekannt; aus den Nachrichten, die von Afrika kommen, ist zu schließen, daß der „Barbar“ Menelik die Italiener gut behandelt.

Griechenland.

Die Kammerrevidierung.

Athen, 28. Okt. Das Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, durch das die Kammer auf den 6. November zu einer außerordentlichen Tagung einberufen wird.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Hierzu eine Beilage.

Stadtverordneten-Wahlkomitee

Nächste Sitzung
Sonnabend, 31. Oktober, abends 5 Uhr
im Restaurant Jäger, Glockenstraße. [9048]

Achtung!

Arbeiter des Südbezirks!

Freitag den 30. Oktober abends 1/9 Uhr
Volks-Versammlung
in der goldenen Krone zu L.-Connwitz.
Tagesordnung: 1. Die neue Zwangsorganisationsvorlage des Handwerks. Hierzu Diskussion. Referent: Dr. Südekum. 2. Konstituierung des neu gegründeten Vereins: a) Statutenberatung. b) Vorstandswahl. [9027]
Alle Arbeiter und selbständigen Handwerksmeister werden höflichst ersucht, sich recht zahlreich einzufinden.
Der Einberufer.

Central-Kranken- u. Sterbekasse d. Tischler

und anderer gewerbl. Arbeiter (E. H.) Zahlstelle Lindenan.
Freitag abends 1/9 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Restaurant Erholung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 8. Quartal und Berichtsprachen desselben. 2. Verschiedenes. [9064]
Mitgliedsbeiträge werden entgegengenommen sowie Krankengeld ausbezahlt.
Der Bevollmächtigte.

Holzarbeiter.

Oeffentl. Versammlung

Freitag den 30. Oktober abends 1/9 Uhr
im Coburger Hof, Windmühlenstraße.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. med. P. Frische über: Wahrheit und Dichtung in der Geschichte. 2. Bericht über den Stand der Lohnbewegung der Drechsler. 3. Gewerkschaftliches. [9079]
D. A.

Kistenbauer!

Oeffentl. Versammlung

Sonntag den 1. November vormittags 1/11 Uhr
im Coburger Hof, Windmühlenstr. 11.
Tagesordnung: 1. Vortrag über Arbeitszeit und Arbeitslohn. 2. Gewerkschaftliches. Referent: Kollege Wobbe. Das Agitationskomitee.

Achtung, Eisen- und Metaldreher!

Sonntag den 1. November vormittags 1/11 Uhr
im Coburger Hof, Windmühlenstr. 11.
Tagesordnung: 1. II. Gchnd-Vortrag über die Gewinberechnung. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Der Einberufer.
NB. Da der Vortrag sehr lehrreich für jeden Kollegen, ist es Pflicht, zahlreich zu erscheinen. [9088]

Ortskrankenkasse.

Krankengelder-Auszahlung

Wegen des auf nächsten Sonnabend fallenden Reformationsfestes findet die
Freitag den 30. Oktober 1896 und zwar wie folgt statt:
im Hauptbureau, Gellertstraße Nr. 7/9,
vormittags von 8-1 Uhr mittags und nachmittags von 3-5 Uhr,
in der Filiale Leipzig, Reichsstraße Nr. 3 (altes Holzgel-Melbeamt),
vormittags von 8-12 Uhr und nachmittags von 2-5 Uhr,
in den Filialen Gohlis, Plagwitz, Mendritz und Reinsdorf
vormittags von 9-3 Uhr nachmittags (ununterbrochen) und
in der Filiale Connwitz
nachmittags von 2-4 Uhr.

Einzahlungen können an diesem Tage nicht angenommen werden.
Leipzig, am 26. Oktober 1896.
Die Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend.
Dr. Willmar Schwabe,
Vorstandender. [9084]

Achtung, Buchbinder!

Wegen des Reformations-Festes werden die Kassengeschäfte
Freitag den 30. Oktober im Restaurant Spless, Stadt
Hannover, erledigt. [9078]
Der Vorstand des Fachvereins der Buchbinder.

Pegau.

Oeffentl. Volksversammlung

Freitag den 30. Oktober abends 1/9 Uhr
im Alten Schützenhaus (Hemmanns Restaurant).
Tagesordnung: 1. Bericht über den Parteitag. 2. Stellungnahme zur Stadtverordnetenwahl. 3. Vorkaufangelegenheit. 4. Diskussion. [9051]
Da die Tagesordnung von großer Wichtigkeit ist, so bittet um zahlreiches Erscheinen
Der Einberufer.

Gesangverein Tonhalle und Waltherscher Musikverein.
Morgen Freitag abends 9 Uhr im Vereinslokal.
Pünktliches Erscheinen notwendig. [9052] D. V.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Albert Südekum in Leipzig

Oeffentlicher Vortrag

über Feuerbestattung, gehalten von Dr. med. Grosse
am Freitag den 30. Oktober abends 1/9 Uhr
im grossen Saale der Drei Mohren
wozu Freunde und Genossen willkommen sind. Zahlreichen Besuch erwartet
Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (Filiale Ost).
NB. Für diejenigen, welche der Kasse beitreten wollen, ist auch an diesem Abend Gelegenheit geboten. [9049]

Geehrten Gewerkschaften u. Vereinen

empfehle meine stets sauberen Räume zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Anerkannt gute Biere und große Auswahl in Speisen.
In Wohnung W. Spiess (Stadt Hannover).
Restaurant O. Schindler, Kräftiger Mittagstisch bei mäßig. Unterhaltung zu 50 Pfg.
Sternwartenstraße 18. Inkl. Bier. Täglich. Freikonzert von vorm. 11 Uhr ab.

Restaurant Kleine Markthalle, A. Kirschky

Kurprinzstrasse 20.
Jeden Dienstag und Freitag grosses Familien-Freikonzert.
NB. Empfehle bürgerlichen Mittagstisch, reichhaltige Stammkarte, ff. Biere.
Gesellschaftszimmer bis zu 80 Personen fassend. [8628]

Coburger Hof.

Morgen Freitag Schlachtfest.
Restauration zur Vereinsbierhalle, Kronprinzstrasse 12.
Sonnabend, 31. Oktbr. u. Sonntag, 1. Novbr. großes Schweinestücken.
Hierzu ladet Freunde und Genossen freundlichst ein J. K. Petersohn.
Freitag und Sonntag

Pantheon. Große Ballmusik.

Sonnabend (Reformationsfest)
Stiftungsfest
des Gesangsvereins Ascania.
Ergebnis ladet ein Robert Müller. [9059]

Albertgarten

Sonnabend den 31. Oktober (Reformationsfest)
Grosses Herbstfest
der 3., 4. und 8. Abteilung des Arbeitervereins Leipzig
bestehend in Konzert, Gesangsvorträgen, turnerischen Aufführungen und
Ball bis 2 Uhr.
Programm-Vorverkauf im Restaurant Albertgarten.
Sonntag den 1. November

Grosses Extra-Konzert

des Neuen Leipziger Konzert-Orchesters unter Leitung des Kapellmeisters
Herrn Fr. Düntz.
Nach dem Konzert großer Ball.
Anfang 1/4 Uhr. Entree 30 Pfg., Vorverkauf 20 Pfg.
Montag den 2. November

Letztes grosses Doppel-Konzert

ausgeführt von den besten Leipziger Quartetts- u. Couplettsängern aus dem
Krysalpalast, Herren Klein, Seidel etc.
Nachdem grosser Ball.
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pfg., auf Programm 10 Pfg.
G. Pfäume. [9069]

Paul Rothe, Fleischermeister.

Pr. Ochsenfleisch a Pfd. 60-65 Pfg. Cervelatwurst u. Salami Pfd. 100 Pfg.
Pr. Rast-Rohfleisch " 60-65 " Jungen- u. Sardellenbrw. " 90 "
Pr. Gammelfleisch " 60 " Knack- und Mettwurst " 70 "
Pr. Schweinefleisch " 60-65 " Polnische Ananawurst " 80 "
Pr. Pöschl. (Kamm u. Rippch.) 65 " ff. Schwarzfleisch u. Speck " 70 "
K. hausschl. Blut- u. Leberwurst, a Pfd. 55 Pfg., bei 5 Pfd. 50 Pfg.
Markthallenstand Nr. 32 und 33. [9040]

Herm. Kriemichen

Beiker Straße 55,
Nähe Vereinsbrauerei,
Nürnbergger Straße 6,
dicht am Johannisplatz
empfehlen
Hüte mit Kontrollmarke
Mützen, Schirme u. Filzwaren
in größter Auswahl. [9065]

Kleider-Fabrik

Engros
für Herren- und Knaben-Garderobe
Leipzig, Reichsstr. 47. W. Palm Leipzig, Reichsstr. 47.
Ausgang aus dem Preis-Courant: [788]

Dauerhafte Arbeitshosen	b. 1.80	an	Eleg. Kammg.-Chev.-Anz. f. H. u. 20.	an
Stoffhosen für Herren	2.70	"	2-reihige Jaquettes in Stoff	5.00
Eleg. Herren-Hosen in Stoff	4.50	"	Sommer-Jaquettes	1.25
Westen	1.40	"	2-reih. Knab.-Anzüge i. Stoff	2.50
Herren-Anzüge in Stoff	9.50	"	Somm.-Norm.-Schul-Anzüge	2.85
Eleg. Herren-Cheviot-Anzüge		"	Elegante Knaben-Anzüge	3.95
in Stoff, 2-reihlg.	b. 13.25	"	Knaben-Cheviot-Anzüge	2.95

Damen- und Kinder-Hüte

Billiche Preise.
Bänder, Federn
Schleier.
Jenny Faber
Reichsstrasse 4.

Frühen Schellisch Fischhalle
Lindenau, Josephstraße 47.
empfehlen
Uhren
aller Art werden gut, billig,
schnell u. unt. Garaut. repar.
Herrn. Kogler, Sternwarten-
str. 33, I. Ein- u. Vert. d. Uhren u. Goldwaren.
Uhren-Gelegenheitskauf.
Getragene Uhren
wie neu vorgerichtet, reelle Garantie
f. gut. Gehen, vert. bill. d. Uhrenschf.
E.A. Naumann, Petersstr. 3, am Markt.

Litterarische Gesellschaft

In Leipzig.
Erster Gesellschafts-Abend
am 30. Oktober 1896, 1/8 Uhr
im oberen Saale des Hotels de Pologne.
PROGRAMM:

I. Teil: Richard Wagner u. Nietzsche,
Vortrag von Dr. Fritz Kogel.
II. Teil: Dichtungen von Ludwig Fulda,
Vorgetragen vom Dichter.
Anmeldungen zur Mitgliedschaft nimmt
der Vorsitzende Dr. Walter Harlau,
Albertstr. 26 B, II., entgegen. (Serie A:
20 Mark, Serie B: 18 Mark, Serie C:
12 Mark jährlich.)
Billets für Nichtmitglieder à 2 Mk.
sind im Vorverkauf durch die Musikalien-
handlung von Pabst, Neumarkt, und
abends an der Kasse zu erhalten.

II. Sänger-Abteilung

(Männerchor) abt Freitag punkt 9 Uhr.

IX. Turner-Abteilung

des Arbeitervereins Leipzig.
Sonnabend den 31. Oktober
abends 1/7 Uhr [9057]
Geselliger Abend.

Ges.-Ver. Volksfreund

Leipzig.
Sonnabend, 31. Okt., vorm. 1/11 Uhr
Übungsstunde.
[9084] Der Vorstand.

Goldener Ring, Nicolaier Str.

Empf. meinen ff. Saal, 80-100 Pers.
saff. in den Gewerkschaften u. Versammlungen
u. Vergnügen. Kraft Mittagstisch mit Bier
50 Pfg. Hochachtend H. Herrm.

Restauration u. Speisewirtschaft

Carolinenstrasse 18.
Empf. meinen gut. bürgerl. Mittagstisch
für 30 Pfg. Jeden Freitag Schlachtfest.
Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst
ein [8488] H. Hildrich.

Wer

sich Wohl amüßigen und etwas ganz
Besonderes hören und sehen will, besuche
sich in die „Gold-Halle“, Kleine
Fleischergasse Nr. 12, dort konzertiert die
Feinmännchen-Kapelle mit ihren
großen Vätern, an deren vorzüglichen
musikalischen Leistungen man sich erheutern
kann. Die großartige Dekoration stellt
einen Berg in Kalkform dar, auf dessen
Höhen die „Feinmännchen“ spielen. Es
ist die neueste Sehenswürdigkeit Leipzig
und bietet dieses Amüsement. Zum Aus-
sicht gelangen nur ff. Biere, welche durch
aufmerksam Bedienung kredenzt werden.

Freitag Schlachtfest. H. Fiebig

Lindenau
Wettlinstr. 55. — Mittag frische Würst.

Morgen Schlachtfest

Fette Dresdener Gänse
auch ausgefunden.
Frischer Schellisch 6 Pfund.
ff. Magdeburger Sauerkraut
2 Pfund 15 Pfg.
Gut Koch. Schnittbähen, a Pfd. 30 Pfg.
empfehlen
Robert Höppner, Lindenau
Aurelienstraße 37. [9082]

Ein Rind und fünf Schweine

werden Freitag ausgefunden.
Rind u. Schweinefleisch, a Pfd. 58 Pfg.
O. Walthers, Lindenau
Dernmannstraße 18. [9084]

Lebende Karpfen

Frisch. Schellisch
Cablian
Fischhandlung Rausche Gasse 2.
[9084] E. Macher.

Ratskeller, Kleinzschocher.

Freitag von mittags 2 Uhr bis abends
8 Uhr versch. mehrere Centner frische u.
geräuch. Fleisch u. Würstwaren, Wein,
Cognac, Rummel, Viqueur u. a. m.
Jeden Freitag u. Sonnabend treffen
fette Dresdener Gänse
ein. E. Wagner, Kleinzschocher,
Lutherstraße 10. [9075]

Ein Rind und fünf Schweine
werden Freitag ausgefunden.
Rind u. Schweinefleisch, a Pfd. 58 Pfg.
O. Walthers, Lindenau
Dernmannstraße 18. [9084]